

DER NEUE PREVIA

DAS ALLROUND-TALENT FÜR INDIVIDUALISTEN



Ob auf Reisen oder in der Stadt, der neue Previa ist der extravagante Großraum-Pkw für Menschen mit gehobenen Anspruch:

- Vielseitige Nutzung: als 7-Sitzer mit drehbaren Einzelsitzen; als 8-Sitzer mit durchgehender mittlerer Sitzbank.
- Variabler Innenraum: mit luxuriösem Ambiente und umfangreicher Komfortausstattung.

- Vielsprechende Leistung: 2,4-l-16V-Unterflur-Motor mit 97 kW (132 PS) und 3-Wege-Kat.
- Wahlweise Schaltgetriebe oder Automatik.

Günstig zu finanzieren über die TOYOTA KREDITBANK und zu leasen über die TOYOTA LEASING GmbH.

Kommen Sie zur Probefahrt – egal, ob allein oder mit sieben auf einen Streich.

AUTO-KÜENLE

2300 Kronshagen, Eckernförder Straße 201

Telefon 0431 / 5 43 66



kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen

17. Jahrgang

Oktober 1990

"Betreute Grundschule" in Kronshagen?



In einer AsF Veranstaltung im Juni hat uns die Landtagsabgeordnete Ruth Springer (SPD) über das Modell der "betreuten Grundschule" informiert. Im Modell geht man davon aus, daß Grundschulkinder von 7.00 bis 13.00 Uhr auf dem Gelände der Grundschule betreut werden können, so daß die Eltern in dieser Zeit eigenen Interessen oder Pflichten nachgehen können, sei es, daß sie sich erholen, Termine wahrnehmen oder einer Arbeit nachgehen. Entsprechende Modelle gibt es bislang vermehrt in Hessen, in Schleswig-Holstein gibt es mehrere Elterninitiativen. Wir beschlossen an dem Abend, eine "überparteiliche" Elterninitiative ins Leben zu rufen, die zunächst einmal das Bedürfnis nach

einer solchen Einrichtung in Kronshagen ermittelt.

In einer großen Fragebogenaktion versuchten wir, alle Eltern der Vor- und Grundschüler zu erreichen. Die Resonanz war unerwartet hoch; über 70% der Fragebögen gelangten zu uns zurück. Fast 88% der Eltern begrüßten die Initiative, über 55% möchten von der Betreuung in unterschiedlichem Ausmaß Gebrauch machen. Ferner sind über 54% der Eltern bereit, für diesem Service einen finanziellen Beitrag zu leisten, nur 17% lehnen dies definitiv ab.

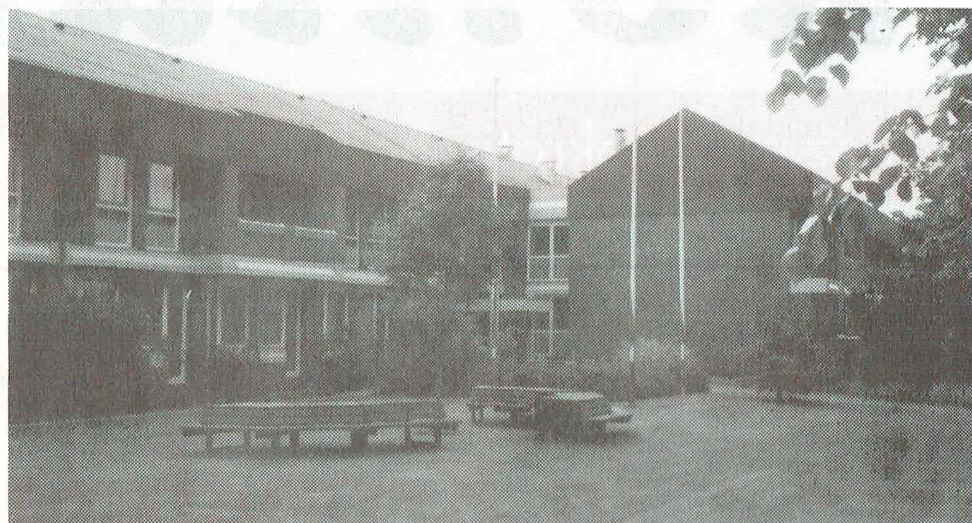
Diese Zahlen bewogen uns, in der Initiative weiterzuarbeiten, zumal uns viele Eltern dazu

ermutigen und aktiv unterstützen mit Ihren konkreten Ideen. Im Verlauf der letzten Wochen haben wir unsere Vorstellungen von einer "betreuten Grundschule" in Kronshagen konkretisiert. Mit einem entsprechenden Arbeitspapier sprach eine Delegation am 4. Oktober beim Bürgermeister Dr. Darsow, vor. Wir hoffen, daß er unser Gesuch tatkräftig unterstützt, eine Besprechung im Schul- und Kulturausschuß bald erfolgen wird und die Gemeindevertreter die Dringlichkeit unseres Anliegens erkennen, damit bereits im nächsten Schuljahr die "betreute Grundschule" für uns Wirklichkeit wird!

Elisabeth Ratzow

Zur Pflegesatzerhöhung im DRK-Heim in Kronshagen

Das hiesige Altenwohn- und Pflegeheim des DRK hatte im April überraschend seinen Bewohnern eine rückwirkende Erhöhung der Heimkostensätze für die Altenwohnheimplätze um über 400 DM pro Monat mitgeteilt. Diese 20% Erhöhung und die Nachzahlungsforderung von über 2000 DM hatten bei den Bewohnern große Verbitterung ausgelöst und es wurde die dringende Bitte an die Gemeindegremien herangetragen, sich für eine Rücknahme dieser Forderungen einzusetzen. In mehreren Gesprächen mit Vertretern des DRK ist es uns leider nicht möglich gewesen, die Pflegesatzerhöhung noch zu senken oder wenigstens einen Verzicht auf die rückwirkende Zahlung zu erreichen. Die Kostensituation des Heimes läßt eine Revision der Erhöhung nach Auskunft des DRK-Kreisverbandes nicht zu.



Immerhin hat der DRK-Kreisverband erkannt, daß die Art seines Vorgehens nicht korrekt war. Man hat sich bei den Bewohnern inzwischen entschuldigt und sein tiefstes Bedauern ausgedrückt.

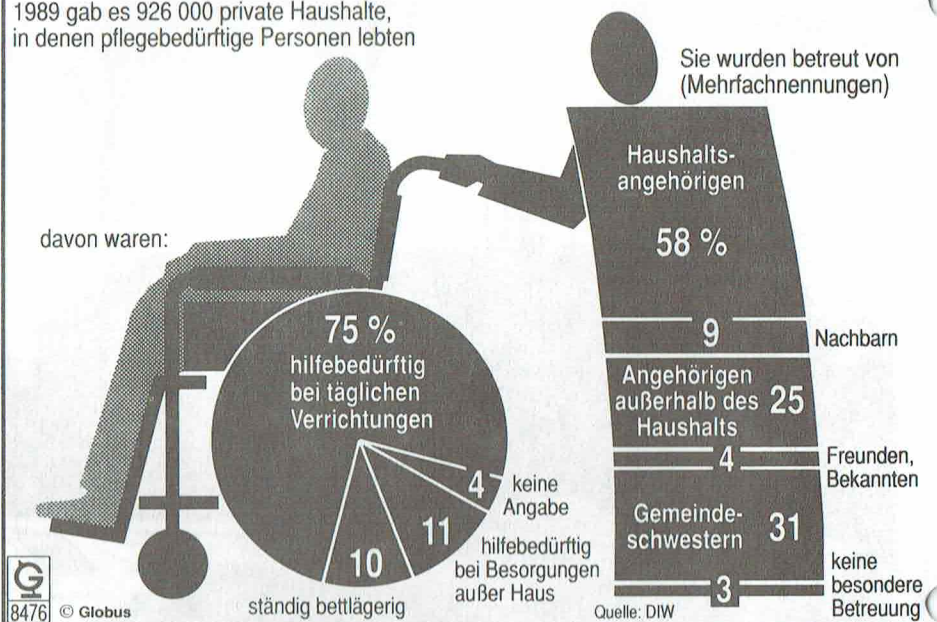
Mit der Gemeinde Kronshagen wurde vereinbart, daß künftig eine rechtzeitige Information über geplante Maßnahmen erfolgen wird. Wenn dann - wie vorgeschrieben - der Heimbeirat über anstehende Pflegesatzerhöhungen informiert wird, dürfte es in Zukunft zumindest keine überraschenden Nachforderungen mehr geben.

Die Situation in Kronshagen zeigt aber auch deutlich, wie wichtig eine gesetzliche Pflegeversicherung inzwischen geworden ist. Bei steigenden Pflegekosten sind immer weniger Menschen in der Lage, diese aus ihren Renten selbst aufzubringen.

Wolfgang Weskamp
Vorsitzender des Sozialausschuß

Auf Pflege angewiesen

1989 gab es 926 000 private Haushalte, in denen pflegebedürftige Personen lebten



In KronshagenDie SPD kronshagen diskutierte das 100-Punkte-Programm der SPD. Kontakte informiert

Das soziale Netz sichern

Die Schaffung der Sozialen Grundsicherung ist für die Sozialdemokraten ein wichtiges Reformvorhaben.

Zur sozialen Sicherheit gehört unabdingbar die Sicherheit der Renten. Mit der Rentenreform 1992 ist die Finanzierung der Alterssicherung zwar auf längere Sicht gewährleistet. Aber schon in den neunziger Jahren muß damit begonnen werden, die Weichen für den weiteren Weg der Alterssicherung zu stellen.

Ziel der SPD ist es, in der nächsten Wahlperiode ein geschlossenes Konzept zur Alterssicherung der Frauen sowie für die Neuordnung des Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrechts vorzulegen.

Stichworte: Pflege, Gesundheit

Die Absicherung des Pflegerisikos wird ein immer wichtigeres Vorhaben. Die SPD will deshalb einen eigenständigen neuen Sozialversi-

cherungszweig „Gesetzliche Pflegeversicherung“ für alle einführen.

Die Partei fordert eine Gesundheitsreform, die fehlerhafte Strukturen überwindet. „Dazu müssen alle ihren Beitrag leisten“, heißt es im Programmtext, „von der Pharma-Industrie bis zu den Zahnärzten.“

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört auch Steuergerechtigkeit. Deshalb will die SPD die steuerlichen Grundfreibeträge (im Rahmen der Rückgabe höherer Energiesteuern) kräftig verbessern, den Weihnachtsgeldbetrag für Arbeitnehmer in Höhe von 600 Mark wieder einführen, die Sparfreibeträge erhöhen und gleichzeitig sicherstellen, daß hohe Kapitalerträge nach Recht und Gesetz versteuert werden. Das unsoziale „Dienstmadchenprivileg“ (diejenigen, die sich eine Haushaltshilfe leisten können, können die Ausgaben dafür steuerlich absetzen) soll abgeschafft werden.

* Bus-Fahrplan

An alle Benutzer des Busfahrplans in der letzten KONTAKTE-Ausgabe
Sie können den Fahrplan weiterhin benutzen, da die Abfahrtszeiten der Linien 3, 7, 10, 5/15, 60 und 73 unverändert geblieben sind.
Lediglich auf der Linie 34 fahren einige Busse 1 Minute später als bisher, nämlich: montags-freitags 5.30h und 19.21h statt 5.29h und 19.20h
samstags betrifft die Änderung alle Abfahrten bis einschließlich 8.39h und alle ab 16.39h
sonn- und feiertags gilt die Änderung ganztägig.
Robert Haller

WIR STELLEN VOR:

Ulrike Mehl

Bundestagskandidatin der SPD

Soweit wie Ulrike Mehl zurückdenkt, für die Ökologie interessierte sie sich schon immer. Als Tochter eines umweltengagierten Försters stand in ihrer Familie der Umweltschutz häufig auf der Themenliste der Diskussionen.

Zudem wählte sie einen naturbezogenen Beruf: 1956 in Hessen geboren und aufgewachsen, absolvierte sie nach der mittleren Reife eine Lehre im Garten- und Landschaftsbau. Anfang der 70er Jahre war das als Frau in diesem Fachbereich noch ungewöhnlich. Danach folgte ein Studium der Landschaftsplanung und mit 21 Jahren siedelte die frischgebackene Diplom-Ingenieurin 1978 in ihre Wahlheimat Schleswig-Holstein über.

„Unächst arbeitete Ulrike Mehl beim Landwirtschaftsministerium, später beim Landesamt für Naturschutz, dann beim Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), der größten bundesdeutschen Umweltorganisation. Anschließend engagierte sich die Groß Vollstedterin und Mutter zweier Kinder ehrenamtlich beim BUND - 6 Jahre als Kreisvorsitzende, 4 Jahre als Landesvorsitzende und 4 Jahre als stellvertretende Bundesvorsitzende, als stellv. Vorsitzende im Landesnaturschutzverband. Sie ist auch

Gemeindevertreterin in ihrem Heimatort und seit 2 Jahren ehrenamtliche Richterin am Verwaltungsgericht Schleswig.

„In den letzten Jahren konnte allerdings von Ehrenamt nach Lust und Laune längst keine Rede mehr sein“, meint Ulrike Mehl. „Nach Intensität und Verantwortung der Arbeit waren die Aufgaben schon seit geraumer Zeit ein Full-time-job geworden.“

Ihre umfangreichen umweltpolitischen Erfahrungen wird Ulrike Mehl jetzt für ihre Partei im Bundestag einsetzen. „Das Umweltbewußtsein hat heute eine breite Basis in der Bevölkerung“, sagt Ulrike Mehl, „dies ist die Voraussetzung für eine wirksame Umweltpolitik, die nun dringend folgen muß“. Deshalb wird ihr politischer Schwerpunkt im Bereich Umwelt und Landschaft liegen.

„Wir brauchen in der Politik neues Denken und Handeln, sonst werden wir die Probleme der Gegenwart, ob dies belastete Böden, Wasser oder Luft ist, nicht lösen“, meint Frau Mehl, „die CDU zeigt regelmäßig, daß sie nicht dazu in der Lage ist, deshalb brauchen wir frischen Wind in Bonn - die SPD!“



Recht auf einen Kindergartenplatz — ja, bitte !

Kinder wollen Spielgefährten. Sie haben Anspruch auf soziale Erfahrungen in Gruppen. Mütter und Väter wollen Zeit für ihre Kinder haben, und viele wollen oder müssen erwerbstätig sein. Kinder zu haben und gleichzeitig erwerbstätig zu sein, ist in Kronshagen wie in der Bundesrepublik schwieriger als in vielen anderen europäischen Ländern.

In Kronshagen gibt es vier öffentliche Kindergärten, alle vier räumlich und personell zur Zeit bzw. in Bälde sehr gut ausgestattet:

- 2 Kinderstuben mit je 25 Halbtagsplätzen für Drei- bis Sechsjährige (Träger: Christusgemeinde Kronshagen).
 - 1 Kindertagesstätte mit ca. 45 Kindergartenplätzen (zwei Gruppen) und ca. 40 Hortplätzen (zwei Gruppen), (Träger: Diakonisches Werk, Kiel),
 - 1 Kindertagesstätte mit ca. 110 Kindergartenplätzen (fünf Gruppen), die auch von ca. 10 Hortkindern mitgenutzt werden (Träger: Gemeinde Kronshagen).
- Die Wartezeit auf einen Kindergartenplatz

beträgt zur Zeit je nach Einrichtung ca. 1 - 3 Jahre.

Der Versorgungsgrad sieht in Kronshagen folgendermaßen aus:

- Für Kinder unter drei Jahren gibt es keinen Krippenplatz,
- für ca. 63% der Drei- bis Sechsjährigen gibt es einen Kindergartenplatz,
- für ca. 13% der Kinder über sechs Jahre gibt es einen Hortplatz.

Man kann also nicht von einer völlig ausreichenden Versorgung mit Kindergarten- und Hortplätzen sprechen. Außerdem nimmt die Anzahl der Kinder in Kronshagen zur Zeit eher zu. Das führt voraussichtlich dazu, daß in den nächsten Jahren Kindergärten erweitert oder neu gebaut werden müssen.

Wäre es nicht schön, wenn die Zukunftsmusik so klänge:

- eine bedarfsdeckende Anzahl von Kinderkrippenplätzen

(Grundvoraussetzung: dafür ausgebildete Fachkräfte, kleine Gruppen, feste Bezugspersonen),

- eine bedarfsdeckende Anzahl von Kindergartenplätzen,
 - eine bedarfsdeckende Anzahl von Hortplätzen (zumal hier keine Ganztagschule vorhanden ist und auch die von uns gewünschte "betreute Grunschule" vorerst auf die Morgenstunden beschränkt bleibt);
 - die Flexibilisierung der Bring- und vor allem der Abholzeiten (als Konsequenz daraus, daß in der Regel die Arbeitszeiten der Eltern noch nicht flexibel sind);
 - eine Verringerung der Gruppenstärke und Einrichtung von familienähnlichen altersgemischten Gruppen;
 - eine Integration behinderter Kinder.
- Das wären Beiträge zu sinnvoll praktizierter Familienhilfe.

Margarete Haller
stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur

Zur Pflegesatzerhöhung im DRK-Heim in Kronshagen

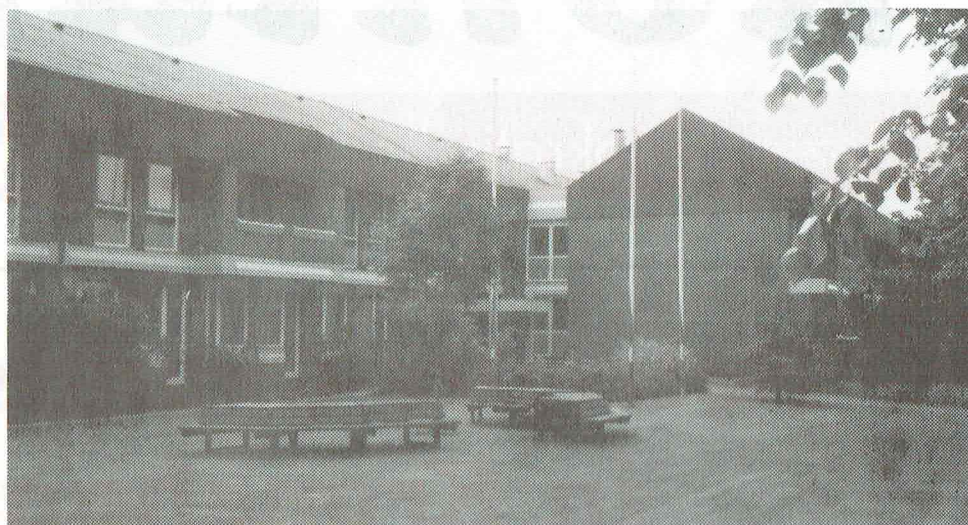
Das hiesige Altenwohn- und Pflegeheim des DRK hatte im April überraschend seinen Bewohnern eine rückwirkende Erhöhung der Heimkostensätze für die Altenwohnheimplätze um über 400 DM pro Monat mitgeteilt. Diese 20% Erhöhung und die Nachzahlungsforderung von über 2000 DM hatten bei den Bewohnern große Verbitterung ausgelöst und es wurde die dringende Bitte an die Gemeindegremien herangetragen, sich für eine Rücknahme dieser Forderungen einzusetzen. In mehreren Gesprächen mit Vertretern des DRK ist es uns leider nicht möglich gewesen, die Pflegesatzerhöhung noch zu senken oder wenigstens einen Verzicht auf die rückwirkende Zahlung zu erreichen. Die Kostensituation des Heimes läßt eine Revision der Erhöhung nach Auskunft des DRK-Kreisverbandes nicht zu.

Immerhin hat der DRK-Kreisverband erkannt, daß die Art seines Vorgehens nicht korrekt war. Man hat sich bei den Bewohnern inzwischen entschuldigt und sein tiefstes Bedauern ausgedrückt.

Mit der Gemeinde Kronshagen wurde vereinbart, daß künftig eine rechtzeitige Information über geplante Maßnahmen erfolgen wird. Wenn dann - wie vorgeschrieben - der Heimbeirat über anstehende Pflegesatzerhöhungen informiert wird, dürfte es in Zukunft zumindest keine überraschenden Nachforderungen mehr geben.

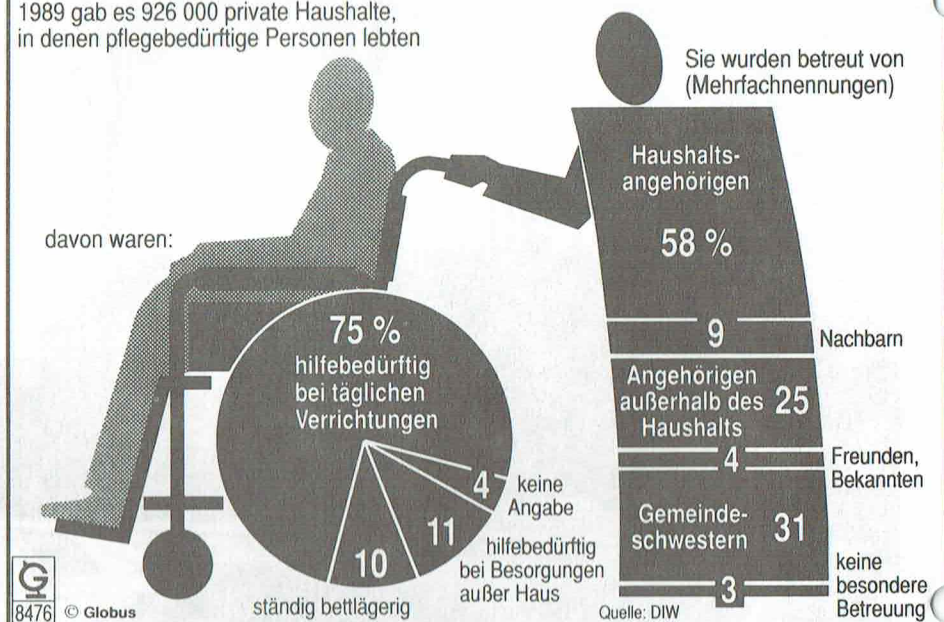
Die Situation in Kronshagen zeigt aber auch deutlich, wie wichtig eine gesetzliche Pflegeversicherung inzwischen geworden ist. Bei steigenden Pflegekosten sind immer weniger Menschen in der Lage, diese aus ihren Renten selbst aufzubringen.

Wolfgang Weskamp
Vorsitzender des Sozialausschuß



Auf Pflege angewiesen

1989 gab es 926 000 private Haushalte, in denen pflegebedürftige Personen lebten



in KronshagenDie SPD kronshagen diskutierte das 100-Punkte-Programm der SPD. Kontakte informiert

Das soziale Netz sichern

Die Schaffung der Sozialen Grundsicherung ist für die Sozialdemokraten ein wichtiges Reformvorhaben.

Zur sozialen Sicherheit gehört unabdingbar die Sicherheit der Renten. Mit der Rentenreform 1992 ist die Finanzierung der Alterssicherung zwar auf längere Sicht gewährleistet. Aber schon in den neunziger Jahren muß damit begonnen werden, die Weichen für den weiteren Weg der Alterssicherung zu stellen.

Ziel der SPD ist es, in der nächsten Wahlperiode ein geschlossenes Konzept zur Alterssicherung der Frauen sowie für die Neuordnung des Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrechts vorzulegen.

Stichworte: Pflege, Gesundheit

Die Absicherung des Pflegerisikos wird ein immer wichtigeres Vorhaben. Die SPD will deshalb einen eigenständigen neuen Sozialversi-

cherungszweig „Gesetzliche Pflegeversicherung“ für alle einführen.

Die Partei fordert eine Gesundheitsreform, die fehlerhafte Strukturen überwindet. „Dazu müssen alle ihren Beitrag leisten“, heißt es im Programmtext, „von der Pharma-Industrie bis zu den Zahnärzten.“

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört auch Steuergerechtigkeit. Deshalb will die SPD die steuerlichen Grundfreibeträge (im Rahmen der Rückgabe höherer Energiesteuern) kräftig verbessern, den Weihnachtsfreibetrag für Arbeitnehmer in Höhe von 600 Mark wieder einführen, die Sparfreibeträge erhöhen und gleichzeitig sicherstellen, daß hohe Kapitalerträge nach Recht und Gesetz versteuert werden. Das unsoziale „Dienstmädchenprivileg“ (diejenigen, die sich eine Haushaltshilfe leisten können, können die Ausgaben dafür steuerlich absetzen) soll abgeschafft werden.

* Bus-Fahrplan

An alle Benutzer des Busfahrplans in der letzten KONTAKTE-Ausgabe
Sie können den Fahrplan weiterhin benutzen, da die Abfahrtszeiten der Linien 3, 7, 10, 5/15, 60 und 73 unverändert geblieben sind.
Lediglich auf der Linie 34 fahren einige Busse 1 Minute später als bisher, nämlich: montags-freitags 5.30h und 19.21h statt 5.29h und 19.20h
samstags betrifft die Änderung alle Abfahrten bis einschließlich 8.39h und alle ab 16.39h
sonn- und feiertags gilt die Änderung ganztägig.
Robert Haller

WIR STELLEN VOR:

Ulrike Mehl

Bundestagskandidatin der SPD

Soweit wie Ulrike Mehl zurückdenkt, für die Ökologie interessierte sie sich schon immer. Als Tochter eines umweltengagierten Försters stand in ihrer Familie der Umweltschutz häufig auf der Themenliste der Diskussionen.

Zudem wählte sie einen naturbezogenen Beruf: 1956 in Hessen geboren und aufgewachsen, absolvierte sie nach der mittleren Reife eine Lehre im Garten- und Landschaftsbau. Anfang der 70er Jahre war das als Frau in diesem Fachbereich noch ungewöhnlich. Danach folgte ein Studium der Landschaftsplanung und mit 21 Jahren siedelte die frischgebackene Diplom-Ingenieurin 1978 in ihre Wahlheimat Schleswig-Holstein über.

zunächst arbeitete Ulrike Mehl beim Landwirtschaftsministerium, später beim Landesamt für Naturschutz, dann beim Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), der größten bundesdeutschen Umweltorganisation. Anschließend engagierte sich die Großvollstetlerin und Mutter zweier Kinder ehrenamtlich beim BUND - 6 Jahre als Kreisvorsitzende, 4 Jahre als Landesvorsitzende und 4 Jahre als stellvertretende Bundesvorsitzende, als stellv. Vorsitzende im Landesnaturschutzverband. Sie ist auch

Gemeindevertreterin in ihrem Heimatort und seit 2 Jahren ehrenamtliche Richterin am Verwaltungsgericht Schleswig.

"In den letzten Jahren konnte allerdings von Ehrenamt nach Lust und Laune längst keine Rede mehr sein", meint Ulrike Mehl. "Nach Intensität und Verantwortung der Arbeit waren die Aufgaben schon seit geraumer Zeit ein Full-time-job geworden".

Ihre umfangreichen umweltpolitischen Erfahrungen wird Ulrike Mehl jetzt für ihre Partei im Bundestag einsetzen. "Das Umweltbewußtsein hat heute eine breite Basis in der Bevölkerung", sagt Ulrike Mehl, "dies ist die Voraussetzung für eine wirksame Umweltpolitik, die nun dringend folgen muß". Deshalb wird ihr politischer Schwerpunkt im Bereich Umwelt und Landschaft liegen.

"Wir brauchen in der Politik neues Denken und Handeln, sonst werden wir die Probleme der Gegenwart, ob dies belastete Böden, Wasser oder Luft ist, nicht lösen"; meint Frau Mehl, "die CDU zeigt regelmäßig, daß sie nicht dazu in der Lage ist, deshalb brauchen wir frischen Wind in Bonn - die SPD!"



Recht auf einen Kindergartenplatz — ja, bitte!

Kinder wollen Spielgefährten. Sie haben Anspruch auf soziale Erfahrungen in Gruppen. Mütter und Väter wollen Zeit für ihre Kinder haben, und viele wollen oder müssen erwerbstätig sein. Kinder zu haben und gleichzeitig erwerbstätig zu sein, ist in Kronshagen wie in der Bundesrepublik schwieriger als in vielen anderen europäischen Ländern.

In Kronshagen gibt es vier öffentliche Kindergärten, alle vier räumlich und personell zur Zeit bzw. in Bälde sehr gut ausgestattet:
- 2 Kinderstuben mit je 25 Halbtagsplätzen für Drei- bis Sechsjährige (Träger: Christusgemeinde Kronshagen).
- 1 Kindertagesstätte mit ca. 45 Kindergartenplätzen (zwei Gruppen) und ca. 40 Hortplätzen (zwei Gruppen), (Träger:Diakonisches Werk, Kiel),
- 1 Kindertagesstätte mit ca. 110 Kindergartenplätzen (fünf Gruppen), die auch von ca. 10 Hortkindern mitgenutzt werden (Träger: Gemeinde Kronshagen).
Die Wartezeit auf einen Kindergartenplatz

beträgt zur Zeit je nach Einrichtung ca. 1 - 3 Jahre.

Der Versorgungsgrad sieht in Kronshagen folgendermaßen aus:

- Für Kinder unter drei Jahren gibt es keinen Krippenplatz,
- für ca. 63% der Drei- bis Sechsjährigen gibt es einen Kindergartenplatz,
- für ca. 13% der Kinder über sechs Jahre gibt es einen Hortplatz.

Man kann also nicht von einer völlig ausreichenden Versorgung mit Kindergarten- und Hortplätzen sprechen. Außerdem nimmt die Anzahl der Kinder in Kronshagen zur Zeit eher zu. Das führt voraussichtlich dazu, daß in den nächsten Jahren Kindergärten erweitert oder neu gebaut werden müssen.

Wäre es nicht schön, wenn die Zukunftsmusik so klänge:

- eine bedarfsdeckende Anzahl von Kinderkrippenplätzen

(Grundvoraussetzung: dafür ausgebildete Fachkräfte, kleine Gruppen, feste Bezugspersonen),

- eine bedarfsdeckende Anzahl von Kindergartenplätzen,
 - eine bedarfsdeckende Anzahl von Hortplätzen (zumal hier keine Ganztagschule vorhanden ist und auch die von uns gewünschte "betreute Grunschule" vorerst auf die Morgenstunden beschränkt bleibt);
 - die Flexibilisierung der Bring- und vor allem der Abholzeiten (als Konsequenz daraus, daß in der Regel die Arbeitszeiten der Eltern noch nicht flexibel sind);
 - eine Verringerung der Gruppenstärke und Einrichtung von familienähnlichen altersgemischten Gruppen;
 - eine Integration behinderter Kinder.
- Das wären Beiträge zu sinnvoll praktizierter Familienhilfe.

Margarete Haller
stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur

Errichtung von 200 Ein-Zimmer- Appartements am Eichkoppelweg !

Erklärter Wille der Gemeinde- vertretung ?

Am 22. September 1987 wurde durch die Mehrheitsfraktion die 2. Änderung des B-Planes Nr. 25 am Eichkoppelweg verabschiedet. Die Änderung dient der Schaffung neuer "Mischgebietsflächen entsprechend bei der Gemeinde angemeldeten Bedarf" und der Ausweisung neuer Wohnbauflächen. Vorgesehene Ziele und Zwecke der Planung wurden bis ins Detail beschrieben und im Text für den B-Plan mit aufgenommen, wie z. B. die Mindestgröße der Baugrundstücke für das allgemeine Wohngebiet. Auch für das Mischgebiet südlich des Eichkoppelweges wurde ein Ziel vorgegeben: "Auf Grundstücken zwischen 1.500 und 3.000 qm ist die Ansiedlung von 4-5 Betrieben in Verbindung mit einer Wohnnutzung möglich."

Im März 1990 die Überraschung ! Es liegt ein Plan der Firma Michel Bau für die Bebauung des Mischgebietes Eichkoppelweg Süd vor: vorgesehen ist die Errichtung von 198 Studentenwohnungen und ein Mehrzweckgebäude für Läden, Büros und Praxen. Allgemeine Bestürzung - denn der Plan entspricht nicht dem politischen Willen der Gemeindevertretung.

Nach einem erneuten Blick in den B-Plan die Feststellung, daß das Vorhaben nicht mehr zu verhindern ist.

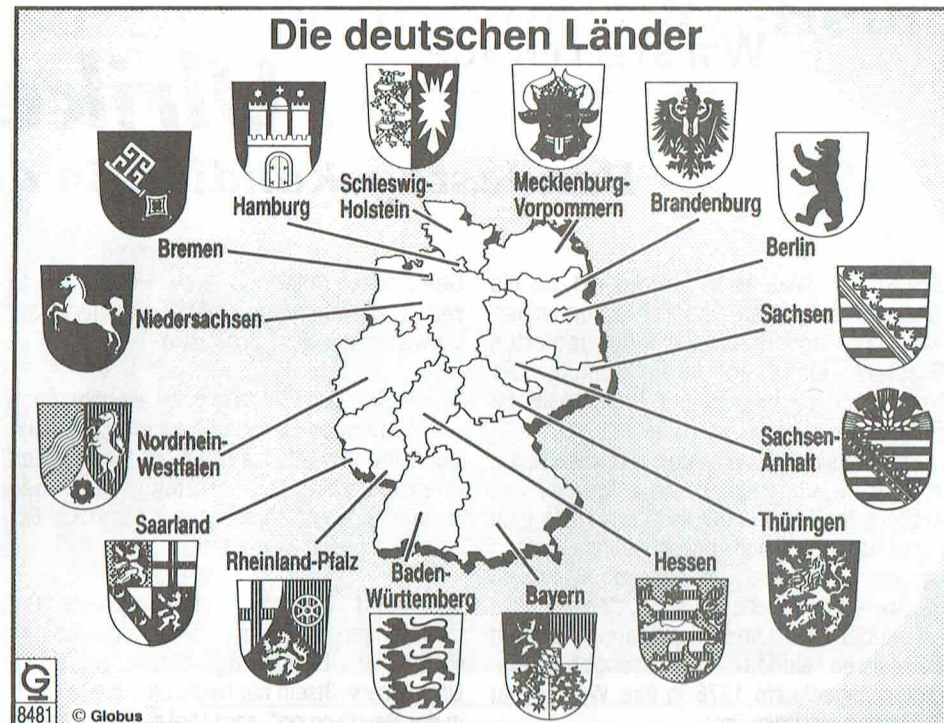
Warum ? Das Planungsziel, die festgelegte Anzahl und Größe der Grundstücke für das Mischgebiet, war im Text-Teil nicht mitaufgenommen worden.

Warum ?

Selbst der Bürgervorsteher hat "bemängelt, daß der Vertretung seinerzeit nicht klargemacht worden sei, daß Vorhaben, (wie nunmehr von der Fa. Michel Bau beantragt), aufgrund der Festsetzung des B-Planes entstehen könnten, bzw nicht zu verhindern seien."

Und nun ?

Vielleicht wird die Mehrheitsfraktion zusammen mit der Verwaltung nach Fertigstellung des Vorhabens zwischen den 200 Stellplätzen unter und vor den Häusern Wege und Möglichkeiten suchen, wie denn nun das nächste Mal der politische Wille der Gemeindevertretung durchgesetzt werden kann !



Der Weg zu einem modernen Deutschland

Die deutsche Teilung ist überwunden. Was zusammengehört, hat zusammengefunden. Die Deutschen leben wieder in einem Staat. Nun geht es um die Verbesserung der Lebensbedingungen. Dies ist die große Zukunftsaufgabe. In dem Entwurf zum Regierungsprogramm entwickelt die SPD den Weg für den wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und demokratischen Fortschritt.

Unter der Federführung des SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine hat die Kommission „Fortschritt '90“ die Kriterien und Maßnahmen für diesen Weg erarbeitet. „Man kann in der Politik nicht bestehen“, so Lafontaine, „wenn man immer das Falsche tut, weil gerade die Stimmung gegen das Richtige ist. So wie es Aufgabe der Sozialdemokratie war, ein Jahrhundert lang den Sozialstaat durchzusetzen, so möchten wir jetzt den Öko-Staat durchsetzen, wir möchten eine Wirtschaft aufbauen, eine soziale Gesellschaft aufbauen, die in der Lage ist, die Lebensgrundlagen dieser Erde zu bewahren.“

Die Vorschläge für das Regierungsprogramm sind gesamtdeutsch, solide geprüft und gerechnet, soweit dies angesichts der Unwägbarkeiten des Vereinigungsprozesses irgend geht. „Wir versprechen nur“, so Oskar Lafontaine, „was auch zu machen ist, was solide finanziert ist.“ Ein Kernstück des Konzepts ist der ökologische Umbau der Industriegesellschaft. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, daß nur eine gesunde Umwelt

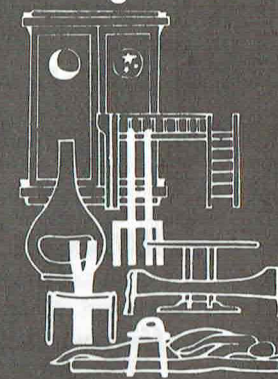
tragfähiges Element der Wohlstandes ist. Deshalb ist die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen von entscheidender Bedeutung.

Dieser ökologische Umbau, die Schaffung der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, ist eines der wichtigsten politischen Ziele dieses Jahrzehnts. Mit dem ökologischen Umbau ist der Aufbau neuer Produktions- und Dienstleistungsstrukturen verbunden. Die Sozialdemokraten wollen ökologisch sinnvolle und moderne Wohnungen, Verkehrsmittel, Energieeinrichtungen, Industrieprodukte und Konsumgüter. Dafür sind neue Technologien, neue Dienstleistungen notwendig.

Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft schafft hunderttausende neue und sichere Arbeitsplätze, vor allem beim Neuaufbau der Produktionsstruktur in der ehemaligen DDR. Dort dürfen die ökologischen Sünden, die in der Aufbauphase der Bundesrepublik gemacht wurden, nicht wiederholt werden. Wachstum ist notwendig, aber in einem ökologisch vernünftigen Rahmen.



Für ein gesundes Wohnen und Schlafen



Vollholzmöbel
- Vollholzbetten
- Naturmatratzen
- Bettdecken
- Kissen
- Öle und Wachse

**Wohnen
mit
Holz**

Holtener Str. 252
23 Kiel. Tel. 35 50 6

Mo 15-18 Uhr, Di-Fr 10-13 u. 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr

Ostsee

— EIN MEER WIRD ZUR KLOAKE

Man kann es schon bald nicht mehr hören: die Luft ist verschmutzt, die Böden sind belastet, die Wälder sterben weiter, in Flüssen kann man nicht mehr baden und mit den Meeren steht auch schon längst nicht mehr alles zum Besten. Aber ob man es noch hören kann oder nicht - es ist so. Wir erkaufen uns unseren Wohlstand mit der Vernichtung bzw. Belastung unserer Natur und dies nicht nur kleinräumig, sondern im großen Stil. Eines dieser Opfer ist auch die Ostsee. Bisher war vorwiegend die Nordsee Gegenstand umweltpolitischer Diskussionen, obwohl es der Ostsee nicht besser geht. Auch sie stirbt seit vielen Jahren vor sich hin und dies ist allgemein bekannt. Schon 1974(!) gründeten die Ostsee-Anrainer die Ostsee- bzw. Helsinki-Kommission, die 1981 über einen bedenklich abnehmenden Sauerstoffgehalt des Wassers berichtete. Eben dies ist das Hauptproblem der Ostsee.

Die 400 000 qkm große Ostsee ist ein rel. flaches, d. h. im Durchschnitt nur 55m tiefes Meer. Weil sie nur über Skagerrak und Kattegat Salzwasseraustausch mit der Nordsee hat, sonst aber nur Süßwasserzufluß, hat sie sehr spezielle Wasserverhältnisse. Der Salzgehalt ist insgesamt deutlich geringer als in anderen Meeren, weshalb die Ostsee auch als Brackwassermeer bezeichnet wird. Sie zeichnet sich durch stark ausgeprägte Wasserschichtung aus, oben salzärmeres leichtes Wasser, unten salzhaltigeres schweres Wasser. Dies ist, nebenbei bemerkt, auch der Grund für die relative Artenarmut der Ostsee. Da sich die genannten Wasserschichten nicht, bzw. nur unter sehr seltenen besonderen Bedingungen vermischen,

entsteht in den tieferen Wasserschichten schon von Natur aus Sauerstoffmangel. Ein vollständiger Wasseraustausch und somit Sauerstoffzufuhr durch "frisches" Nordseewasser ist ein 20 bis 40 Jahre dauernder Prozeß. Daraus entstünde kein grundlegendes ökologisches Problem, wenn der Ostsee nicht von allen Seiten ungeheure Mengen Schad- und Nährstoff zugeführt würden.

Die 70 Millionen Menschen im Einzugsgebiet münden der Ostsee einiges zu: Jahr für Jahr fließen 62 000 - 70 000 t Phosphor, 800 000 - 1,2 Millionen t Stickstoff in das Meer. Phosphor gelangt zu 7,1% aus der Luft, zu 68,8% über die Flüsse, Stickstoff zu 30,3% über die Luft und zu 60,2% über die Flüsse in die Ostsee. Hieran sind Kommunen mit ihren Abwässern, aber auch Industrie und Landwirtschaft beteiligt.

Die Hitliste der Verschmutzerländer wird mit großem Abstand mit Polen angeführt (53% der Gesamteinleitung), gefolgt von der UdSSR (19,5% der Gesamteinleitung). An dritter Stelle steht Schweden (10,3%), an letzter die BRD. Dies muß man wissen, wenn man für die Ostsee wirklich einen Rettungsversuch unternehmen will.

Die Helsinki-Kommission hat nun 1988 unter zunehmendem Druck der wachsenden Giftalgen beschlossen, diese Einleitungen bis 1995 um 50% zu reduzieren, dies aber verbunden mit dem kleinen Wörtchen "möglichst". dies ist nicht nur typisch für solche Kommissionen, sondern auch typisch für unsere

Bundesregierung: sie wissen zwar, daß etwas getan werden muß, sagen aber nicht wie, soll jeder sehen wie er damit klar kommt. Verbal ist die Reinigungsaktion jedenfalls schonmal bewältigt.

Wie Polen und die UdSSR, die wirtschaftlich am Boden liegen einen solchen Kraftakt bewerkstelligen sollen, hat keiner dazu gesagt. Teile der polnischen Küste sind so verschmutzt, daß Baden ernsthafte Gesundheitsgefährdung bedeutet. Deshalb muß hier dringend, natürlich nachdem vor der eigenen Tür gekehrt wurde, Erste Hilfe geleistet werden und wer sonst soll dies leisten, wenn nicht reiche Länder wie wir. Schweden hat mit einem 50 Mio Hilfsprogramm für Kläranlagen für Polen begonnen.

Wenn hier das CDU-Umweltmotto: nur eine gesunde Wirtschaft kann sich Umweltschutz leisten, als Grundlage beibehalten wird, sehe ich schwarz für die Ostsee. Bei der Diskussion um die Rettung des riesigen hoch sensiblen Ökosystems Ostsee (es geht ja schließlich nicht um irgendeinen Tümpel), wird richtig deutlich, was wir uns in den letzten 20 - 30 Jahren eingebrockt haben. Jetzt brechen an allen Ecken und Enden gravierende menschengemachte Probleme im Ökosystem Erde auf, regionale und globale Katastrophen und Katastrophchen stören das Wirtschaftswachstum, das uns angeblich langfristig unseren Wohlstand sichert. Neue Wege sind nicht in Sicht. Kaum einer will wahrhaben, daß es jetzt ans Bezahlen und Abgeben geht, die Zeiten des Nehmens und des ungebremsten Wachstums vorbei sein müßten, ob Ost- oder Nordsee, Boden, Luft oder 3. Welt. Ich meine, es ist höchste Zeit mit viel Fantasie und Mut wirklich neue Wege zu suchen.

Ulrike Mehl
Bundestagskandidatin der SPD

H HONDA

Verlangen
Sie mehr!

Classic



Accord-Sondermodell 2,0 i 16 V

☆ 98 kW (133 PS) inkl. ABS ☆ DZM
☆ Schiebedach ☆ Fensterheber elektr.
☆ Alufelgen ☆ tiefer gelegt ☆ US-Kat.
☆ Stereo ☆ Servo-Lenkung
☆ Zentralverriegelung

frei Haus
DM 36999.-

JAPAN MOTOR KIEL

ECKERNFÖRDER STR. 334 04 31 - 54 10 51

Lieber Kurt Schiffer!

Wenn ich Dir auf diesem Wege für Deine jahrelange Mitarbeit im Ausschuß für Bauwesen, Wirtschaft und Verkehr auch im Namen der SPD-Fraktion danke, dann hat es seinen besonderen Grund. Danken müßten Dir auch die Kronshagener Bürger, für die Du so viele Stunden Deines Feierabends tätig gewesen bist.

Aber sie können Deine Arbeit als bürgerliches Mitglied in diesem Ausschuß gar nicht schätzen, denn die Ausschüsse tagen ja nicht in öffentlicher Sitzung. Die Absicht der SPD-Fraktion, auch diesen Teil der politischen Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger öffentlich und damit einsehbar zu machen, ist leider am Einspruch der CDU-Fraktion gescheitert. Das ist der Grund, warum ich diesen Weg gewählt habe, um Deine Mitarbeit als bürgerliches Mitglied zu würdigen. Oft war es Dein Einspruch, der dazu führte, meine Meinung noch einmal zu überdenken. Ich hätte es gut gefunden, wenn die Bürgerinnen und Bürger miterleben könnten, daß die einhellige Meinung unserer Fraktion, wie sie sich in der Gemeindevertretung zeigt, oft erst nach zähem Ringen im Ausschuß zustande gekommen ist. Nun sind wir darauf angewiesen, daß Du Deine Zustimmung, aber auch Kritik in anderer Weise einbringst. Für mich war es immer ein gutes Gefühl, Dich bei den Sitzungen der Gemeindevertretung auf den Zuhörerplätzen zu wissen. Mit der Erfahrung des kritischen Zuhörers hast Du mit guten Beiträgen zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen. Dafür danke ich Dir noch einmal herzlich. Dein Mitsreiter Theodor Sakmirda



**Ausführung sämtlicher
Fliesenarbeiten**

Kunststein, Naturstein

Säurefeste Beläge

Handel und Verlegung



**Blumen-
Beeck**

**2300 Kronshagen
Eichkoppelweg 19
Telefon 04 31 / 58 20 30**

Wir bieten Ihnen eine reiche Auswahl an Schnittblumen und Gestecken. Außerdem blühende und grüne Topfpflanzen aus unserem Verkaufsgewächshaus. Moderne Binderei · Hydrokultur

Der Kommentar in der Juniausgabe der Kontakte hat sich auch mit der Pflegesatzerhöhung im DRK-Altenwohn- und Pflegeheim befaßt. Dazu haben wir eine Gegendarstellung des DRK-Kreisverbandes erhalten. Da Meinungsäußerungen nach dem Presserecht nicht gegendarstellungsfähig sind, veröffentlichen wir die Stellungnahme des DRK-Kreisverbandes als Leserbrief.

Leserbrief

Zur Klarstellung der von Ihnen aufgestellten und in der Juniausgabe 1990 veröffentlichten Behauptungen:

Unrichtig ist: "Die Erhöhung beläuft sich auf 400,- DM monatlich pro Heimplatz."

Richtig ist, daß die Erhöhung für die 68 Pflegeheimbetten lediglich DM 168,- monatlich beträgt und nur für die 37 Altenwohnheimplätze um 400,- DM monatlich erhöht wurde.

Unrichtig ist: "Der Zeitpunkt wurde so gewählt, daß die Erhöhung erst nach der Kommunalwahl den Bewohnern des Pflegeheims bekanntgegeben wurde. Es handelt sich hier eindeutig um einen Liebesdienst des DRK für die CDU".

Richtig ist: Zeitpunkt und Höhe der geplanten Erhöhung wurden am 01.02.1990 der

Pflegesatzkommission Ost des Kreissozialamtes Rendsburg zur Genehmigung vorgelegt. Über diesen Sachverhalt wurden mit Schreiben vom gleichen Tage auch die Gemeinde Kronshagen und alle Bewohnerinnen und Bewohner des Altenwohn- und Pflegeheimes informiert. Die Genehmigung des neuen Pflegesatzes durch das Kreissozialamt erfolgte erst am 25. 04. 1990! Ein wichtiger Grundsatz des Roten Kreuzes ist der, der Unparteilichkeit. Einen "politischen Liebesdienst" zu unterstellen ist daher absurd.

Unrichtig ist: "und der Bauamtsleiter zugleich Vorsitzender des DRK am Ort, über die sich andeutenden Finanzierungsprobleme in den Beratungen keinerlei Auskünfte geben konnte (oder wollte?)."

Richtig ist: Der DRK Kreisvorstand hat weder den Bauamtsleiter der Gemeinde Kronshagen, noch den Vorsitzenden des DRK-Ortsvereines damit beauftragt oder ermächtigt, als Sprecher des DRK-Kreisvorstandes tätig zu sein.

Unrichtig ist, daß es sich bei der Pflegesatzerhöhung um eine "miese Entscheidung" handelt.

Richtig ist: Die Erhöhung des Pflegesatzes

basiert auf dem Selbstkostennachweis und der Kalkulation der künftigen Kosten und liegt nicht, wie der Eindruck erweckt wird, im Ermessen des Trägers der Einrichtung.

Unrichtig ist auch die Behauptung, daß Herr Gidde nicht verblüfft, dafür aber vergeblich ist und Hindernisse zwischen den Büros des Bürgermeisters und seinem im Gemeindehaus bestehen.

Richtig ist, Herr Gidde hat an der Sitzung des Kreisvorstandes am 28.02.1990, in der die Pflegesatzerhöhung beraten wurde, wegen urlaubsbedingter Ortsabwesenheit nicht teilgenommen und wurde über das Ergebnis auch nicht informiert. Erst auf seine fernmündliche Nachfrage vom 14. 05. hat er die entsprechenden Unterlagen durch die Kreisgeschäftsstelle erhalten. Die behauptete Vergeßlichkeit und die Hindernisse im Gemeindehaus sind daher nicht zutreffende Unterstellungen.

Wir fordern Sie daher auf, diese Gegendarstellung in ungekürzter Fassung in der nächsten Ausgabe Ihrer "Kontakte" zu veröffentlichen.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Hüttmann, Kirschkowski

38 von 15 Millionen

Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen befinden sich weltweit annähernd 15 Millionen Menschen außerhalb ihrer Herkunftsländer auf der Flucht. Sie fliehen vor Hunger, Obdachlosigkeit, Menschenrechtsverletzungen und Gewalt. Ihre Aufnahme erfolgt zumeist in den armen Nachbarländern der Herkunftsregionen. Diejenigen, die selbst unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten leben, geben von dem wenigen, was sie besitzen, noch etwas ab, für die Schwachen, die sich in ihre Obhut begeben.

Das vereinte Deutschland wie die Europäische Gemeinschaft werden sich auch in Zukunft der Herausforderung weltweiter Flucht- und Wanderungsbewegungen zu stellen haben. Ein verschwindend geringer Teil der Flüchtenden kommt nach Deutschland. - 1990 vielleicht 200.000.

werden keine neue Mauer an den Grenzen Deutschlands errichten können. Diejenigen, die die Abschaffung oder Einschränkung der Grundrechtsgarantie auf Asyl fordern, verschweigen, daß der Versuch einer Abschottung gegenüber Flüchtlingen in einer Welt der offenen Grenzen, der modernen Medien und Verkehrsmittel weitgehend zum Scheitern verurteilt ist.

Eine Flüchtlings- und Asylkonzeption muß vielmehr Hilfe für die armen Länder, die Entwicklung eines europäischen Asyl- und Gerichtsverfahren, die konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und insbesondere die Maßnahme gegen kriminelle Schlepperorganisationen umfassen.

Die Anerkennungsquote für Asylbewerber ist gering (3,4%). Aber die höchsten deutschen Gerichte akzeptieren auch Folter und tödende Todesstrafe nicht als Asylgrund. Die Genfer Flüchtlingskonvention, auch bundesrepublikanisches Recht, macht es zum Beispiel erforderlich, daß mehr als 65% aller Asylbewerber ein Aufenthaltsrecht in Deutschland eingeräumt bekommen, weil sie aus Bürgerkriegsgebieten stammen oder andere humanitäre Gründe vorweisen können.

Was das mit Kronshagen zu tun hat? Nachdem jahrelang versucht wurde sich aus der Solidarität aller Kommunen herauszustehlen, die jeweils ihren Anteil zu der Problemlösung beizutragen hatten, ist nun das Gezeter groß, daß Asylbewerber auch in unsere Gemeinde kommen.

1990 kommen höchstens 38 fremde Menschen in unsere Gemeinde mit über 12.000 Einwohnern. Nehmen wir sie einfach mit offenen Armen auf und leisten wir unseren ganz kleinen Beitrag gegen die Verletzung der Menschenrechte in der Welt. Norbert Scharbach

FLATH

Sanitärtechnik Gasheizungen

Bauklempnerei Einbauküchen

Schreiberweg 4 · 2300 Kronshagen/Kiel
Fernruf (04 31) 58 30 99



Runder Tisch im Bürgerhaus:

Mehr Mut beim Umweltschutz

Am Thema Umwelt sind die Kronshagener brennend interessiert. Dies zeigte sich beim "Runden Tisch im Bürgerhaus", bei der von der Landtagsabgeordneten Ute Erdsiek-Rave geleiteten Diskussion mit dem Umweltminister Prof. Berndt Heydemann, der Landtagspräsidentin Liane Paulina-Mürl sowie Pastor Klaus Onnasch und dem SPIEGEL-Redakteur Manfred Ertl. Die Diskussionspartner am Podium zeigten die Möglichkeiten und Grenzen der von ihnen repräsentierten Bereiche - Politik, Kirche, Medien - auf, Natur- und Umweltschutz gegen konkurrierende Interessen durchzusetzen. Aus dem Plenum kam die dringende Aufforderung, sich doch mit noch mehr Mut auch zu unpopulären Maßnahmen für den Erhalt der Schöpfung einzusetzen. Die Kosten einer Umweltkatastrophe wären sonst für unsere Kinder und Enkel vermutlich unbezahlbar. Die Appelle, mit dem Umweltschutz jeweils bei

sich selbst und in der eigenen Familie konsequent zu beginnen, stießen in diesem Kreis interessierter Bürger auf große Zustimmung. Spontan wurden von den Zuhörern eine Unterschriftenliste herumgereicht, auf der sich ein Viertel der etwa 150 Anwesenden selbstverpflichtet haben, der Umwelt zuliebe künftig nicht mehr schneller als 100km/h zu fahren.

Impressum: Kontakte
Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen
Herausgeber: SPD Kronshagen
V.i.S.d.P.: Cord P. Lubinski
Elsa-Brandström-Str. 12, T. 54 27 58
Anzeigen: B. Adler-Schmidt,
T. 52 15 16
Druck: MartinDruck, Kiel